


20. April 2006

## **Bayerns Innenminister Günther Beckstein verlangt von Industrie Kostenbeteiligung**

Für seine markigen Sprüche bekannt, forderte der Minister jüngst in einer seiner Reden, die Industrie müsse sich fortan stärker an Fördermaßnahmen für Immigranten beteiligen, weil letztere es schließlich gewesen sei, welche die Gastarbeiter damals ins Land geholt habe. Dem muß nun entschieden widersprochen werden, denn so ziemlich jeder in unserem Lande weiß, nur offenbar unser Herr Innenminister nicht, daß die politische Macht in diesem Land nicht bei der Industrie liegt und auch nicht beim Volk, sondern so gut wie ausschließlich in Händen des Parlaments, den tatsächlich Regierenden, die, wenn sie erst gewählt sind, sich an absolut nichts mehr von dem, was sie vorher versprochen haben, gebunden zu fühlen brauchen. Es kann also nicht angehen, nun der Industrie die Schuld am Bildungsnotstand in unserem Land in die Tasche zu schieben und sie dafür zu schelten, wo möglich noch zur Kasse zu bitten, wenn die Fehler in der Politik begangen wurden und folglich auch von dieser zu verantworten sind. Die Entscheidung für die Liberalisierung des Außenhandels - und die Anwerbung von Gastarbeitern war sicher ein erster Schritt dazu - wurde in alleiniger Verantwortung von der Regierung getroffen. Das Parlament hat wegbereitend die Gesetze verabschiedet, die das Tor nach Deutschland für jedermann aufstießen, beginnend mit der Abschaffung der Visumpflicht über die zügige Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft, dem Recht auf Familienzusammenführung bis hin zum uneingeschränkten Bleiberecht, dem Wegfall der Handelsschranken, dem Asylrecht, der Aufhebung der Grenzkontrollen und der Lockerung der Arbeitserlaubnis. Das Volk (abgesehen von einigen Unverbesserlichen) wollte nie Dumping-Löhne, weder den Verlust der D-Mark noch Niedriglohnwettbewerb noch Asylmißbrauch. Fünf Millionen Arbeitslose und steigende Kriminalität durch Öffnung der Grenzen sind das Ergebnis einer fehlgeschlagenen Einwanderungspolitik. Und daran soll jetzt die Industrie schuld sein? Kanzler Helmut Kohl hat mit dem französischen Staatspräsidenten das gemeinsame Europa geschmiedet, unter dem wir heute leiden; er war aber nicht nur unfreiwilliger Einigungskanzler, der sich, nebenbei bemerkt, überall auf der Welt anbietet, er war auch derjenige, der Deutschland mehr geschadet hat als irgendein anderer, der „blühende Landschaften“ versprochen hat, in Wirklichkeit aber Wegbereiter einer hoffnungslosen Zukunft war. Nun ja, Irren ist menschlich, zig Billionen Staatsschulden zu hinterlassen ein verzeihliches Mißgeschick. Und so gäbe es eine Reihe weiterer Beispiele, um nur einen aus der ganzen Riege korrupter Musterknaben zu nennen. Selbstverständlich darf auch die die Multikultur propagierende, vom Kommunismus angehauchte rotgrüne Koalition nicht vom Vorwurf vorsätzlicher Irreführung freigesprochen werden, bis heute unbelehrbar in ihrem unsinnigen Glauben verharrend, daß alles durch erhöhte Bildungsanstrengungen wieder gutzumachen sei. Und dafür soll die deutsche Wirtschaft jetzt bluten. Wo sind bloß die Früchte bisheriger Bildungsinitiativen geblieben? Und warum will es mit der Bildung nicht so recht klappen in unserem Lande? Den Politikern bleibt da nur die feige Ausrede von mangelnder Integrationsbereitschaft. Die demokratisch gewählten Regierungen der Nachkriegszeit haben das Land heruntergewirtschaftet, aber daran, bitte, ist nicht ein einziges Industrieunternehmen schuld, denn die Schuld liegt unteilbar einzig am Parteiengezänk und faulen Koalitionskompromissen, an einer unausgesetzten Folge von Korruptionsfällen, die allesamt von Amtsmißbrauch und Selbstbereicherung geprägt sind. Die politisch Verantwortlichen von damals sollen vielmehr die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben, die gewährten Politikergehälter sind wiederein-

A faint, light gray world map is visible in the background of the page, centered behind the text.

zufordern und das aus dem Betrug am deutschen Volk angereicherte Vermögen soll konfisziert werden, damit die Kirche beim Dorf bleibt. Die Reihe der Schuldzuweisungen, die durch Becksteins Vorwurf eröffnet wurde, kann sich leicht als Bumerang bzw. als Schlag ins eigene Gesicht erweisen. In ganz besonderem Maße kann der Bürger von seinen Politikern verlangen, daß sie klug und weise handeln, und dazu gehört auch, vorausschauend zu planen und aus Fehlern zu lernen. Doch Deutschland fährt im gleichen Fahrwasser fort, ein Umdenken hat immer noch nicht eingesetzt. Es ist wie mit allem: man wartet, bis es zu spät ist und die Lichter ausgehen. Die Kohl-Regierung, die über vier Legislaturperioden die Geschicke Deutschlands gelenkt hat, hat diese Chance gehabt aber vertan und den Karren soweit in den Dreck gefahren, daß er nicht mehr freizubekommen ist. War an dieser Regierung nicht auch die CSU beteiligt, Herr Beckstein? Frei nach dem Motte: was geschehen ist, ist vergessen und vorbei. Nein! denn jetzt beginnt vielmehr die Phase der Abrechnung, und das werden wir jeden Tag ein bißchen stärker merken.